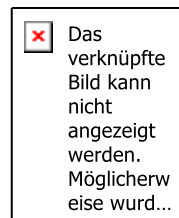


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung
am 07.06.2022 im Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming,
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Stefan Edler

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Robert Trebus	i. V. Frau Nadine Walbrach
Herr Detlev von der Heide	unentschuldigt
Herr Dr. Gerhard Kalinka	
Herr Olaf Manthey	
Frau Monika Nestler	
Herr Jörg Niendorf	unentschuldigt
Herr Dr. Rüdiger Prasse	
Frau Ines Seiler	ab 17:10 Uhr

Sachkundige Einwohner

Herr Frank Grüneberg	unentschuldigt
Herr Detlef Klucke	unentschuldigt
Herr Peter Kramer	unentschuldigt
Herr Rico Oppitz	
Herr Bernd Wendlandt	unentschuldigt
Herr Klaus Wigandt	unentschuldigt

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin
Frau Dietlind Biesterfeld, Beigeordnete und Leiterin des Dezernates III
Herr Siegmund Trebschuh, Leiter des Dezernates IV
Frau Dr. Silke Neuling, Amtsleiter und Amtstierarzt im Amt für Veterinärwesen,
Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz
Herr Rainer Grunert, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Herr Jean Kammer, Sachgebietsleiter Kreisentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Frau Evelyn Sommerer, Sachbearbeiterin Eingriffsregelung im Umweltamt, SG Naturschutz
Frau Grit Seidel, Sachbearbeiterin Regionalplanung/Siedlungsentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:07 Uhr (öffentlicher Teil)
Ende der Sitzung: 18:35 Uhr (einschließlich nicht öffentlicher Teil)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.04.2022
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Information zum Gemeinsamen Strukturkonzept (GSK)
Flughafenregion Berlin Brandenburg 2030
Informationsvorlagen
- 7 Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 – Stellungnahme des Landkreises 6-4768/22-IV

Nicht öffentlicher Teil

- Beschlussvorlagen
- 8 Beschluss über die Vergabe des Denkmalpflegepreises des Landkreises am 09. September 2022 6-4766/22-III

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Edler eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Es liegen keine Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.04.2022

Die Niederschrift konnte bislang noch nicht erstellt werden und wird daher nachgereicht.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend, die Fragen stellen möchten, so dass sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden erübrigt.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

TOP 5

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Kalinka hat eine Nachfrage zum Fluglärmschutz und stützt sich dabei auf einen Presseartikel, woraufhin **Frau Biesterfeld** erörtert, dass es von Seiten des Landkreises dahingehend keinerlei Untersuchungen gibt.

Frau Biesterfeld bekräftigt, dass der Landkreis Mitglied in der Fluglärmkommission ist und diese sich dahingehend Informationen vom Flughafen und von der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH einholen kann, wo ein regelmäßiger Dialog zu diesen Themen stattfindet. **Frau Biesterfeld** bietet als Vertreterin des Landkreises in der Fluglärmkommission gern an, das Thema dorthin mitzunehmen.

Eine weitere Frage stellt sich für **Herrn Dr. Kalinka**, ob es Überlegungen gibt, im Rahmen der Fluglärmkommission dahingehend tätig zu werden.

Frau Biesterfeld informiert darüber, dass dieses bisher noch kein Thema in der Fluglärmkommission war. Da ihr der entsprechende Presseartikel nicht bekannt ist, erklärt sich **Herr Dr. Kalinka** bereit, ihr diesen zuzusenden.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass sich der Kreistag Teltow-Fläming für ein Nachtflugverbot ausgesprochen hat. Des Weiteren erklärt sie, dass der Landkreis deshalb Mitglied in der Fluglärmkommission ist, weil nicht alle Kommunen, die betroffen waren von Fluglärm, einen Zugang hatten zur Fluglärmkommission und der Landkreis diese Kommunen darin vertritt. Die Frage des Herrn Dr. Kalinka sieht **Frau Wehlan** als berechtigt an, wenngleich die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow über den Bürgermeister hier selbst vertreten ist. Sie hält es für richtig, dieses Thema nochmals zu betrachten, da der Landkreis insbesondere für die Kommunen in Verantwortung steht, die aus dem eigenen Landkreis in einer Art betroffen sind, die nochmals ein anderes Niveau darstellt als beispielsweise andere Kommunen.

Herr Edler geht davon aus, dass sich der Landkreis, ungeachtet dessen, der Sache einmal annehmen wird, um im Rahmen der Fluglärmkommission nähere Informationen zu ermitteln.

Frau Biesterfeld erklärt, dass es dazu verschiedene Möglichkeiten gibt. Die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow kann zum Beispiel das Thema selbst in die Fluglärmkommission einbringen. Ihr ist ein Artikel über Fluglärmbelastung bekannt, aus dem hervorgeht, dass diese im Osten des Flughafens in der letzten Zeit zugenommen hat. **Frau Biesterfeld** würde sich über die Zusendung des Artikels von Herrn Dr. Kalinka freuen. Danach würde eine Prüfung erfolgen, inwiefern der Landkreis hier etwas unternehmen kann.

TOP 6

Information zum Gemeinsamen Strukturkonzept (GSK) Flughafenregion Berlin Brandenburg 2030

Herr Edler verweist auf die vor Beginn der Sitzung an die Abgeordneten ausgereichte Broschüre mit einem Anschreiben, mit welchem offenkundig der Sachstand zur Thematik dargestellt wird.

Herr Edler fragt den Ausschuss, ob dieser damit einverstanden ist, dass Herr Kammer das Wort ergreifen darf, was von den Abgeordneten bestätigt wird.

Herr Kammer gibt anhand einer Power-Point-Präsentation, welche im Ratsinformationssystem einsehbar ist, eine umfangreiche Information zur Thematik ab.

Auf die Frage des **Herrn Dr. Kalinka** zur Informationsquelle erklärt **Herr Kammer**, dass die Informationsquelle der Endbericht des Gemeinsamen Strukturkonzeptes ist, welcher sich auf der Homepage des Dialogforums befindet. Der dazugehörige Link ist aus der Präsentation (Seite 2) ersichtlich. In diesem Endbericht gibt es zu jedem Leitprojekt nochmals ein Maßnahmenpapier mit einer detaillierteren Beschreibung. Auf Grund der Zeit wurde sich hier nur auf die Schlagwörter gestützt.

Auf die 2. Frage des **Herrn Dr. Kalinka** nach dem Zustandekommen der Projekte erläutert **Herr Kammer**, dass die Gemeinden der Flughafenregion, die gleichzeitig Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum sind, die Projekte eingebracht haben. Diese wurden auch im Dialogforum besprochen. Der Landkreis hat 4 Schwerpunktthemen benannt und konnte damit die Gemeinden bei manchen Projekten unterstützen, welche die Aspekte Freiraum, Mobilität, Verkehrsentwicklung etc. betrafen.

Frau Wehlan legt die Entwicklung des Gemeinsamen Strukturkonzeptes (GSK) von 2006 bis 2021 dar. Sie weist darauf hin, dass im Jahr 2021 die Ebene der informellen Planungsgrundlage verlassen wurde und erörtert detailliert die Gründe, weshalb der Landkreis Teltow-Fläming dem neuen öffentlich-rechtlichen Vertrag, der geschlossen wurde, nicht fürsprechen konnte. Die Landrätin bezieht sich hier hauptsächlich darauf, dass hierin von einer losen in eine beitragsfinanzierte Zusammenarbeit übergegangen wurde.

Für **Herrn Dr. Prasse** ist eine derartige Vorgehensweise zum Erhalt der jeweiligen Projekte nicht nachvollziehbar, ohne dass die entsprechenden kommunalen oder Kreisparlamente an der Sache beteiligt sind.

Hierauf bezieht sich **Frau Biesterfeld** auf die Aussagen der Landrätin zur Historie des Gemeinsamen Strukturkonzeptes Dialogforum (GSK), welches ursprünglich als ein Bündnis am Boden gegründet wurde und die unterschiedlichen Interessen des Flughafenbetreibers, seiner Betreiber, der Kommunen und der anderen beteiligten Akteure ausgleichen sollte. Dieses wird von ihr umfangreich erläutert. **Frau Biesterfeld** verweist darauf, dass das Dialogforum an sich als Arbeitsgemeinschaft sowieso keine verbindlichen Beschlüsse für irgendwelche Mitglieder treffen kann. Es bedarf immer einer Umsetzung durch das jeweilige Kommunalparlament, wenn die Kommunen oder eben auch die Landkreise direkt betroffen sind. Aus diesem Grund war die Vorstellung im Dialogforum auch so, dass nach einer Verabschiedung des GSKs den kommunalen Parlamenten die Möglichkeit einer Abstimmung gegeben wird. **Frau Biesterfeld** erörtert nochmals die entsprechende Entscheidung des Landkreises. Gleichzeitig erläutert sie den Prozess der Einbringung der Infrastrukturprojekte.

Frau Wehlan bekräftigt nochmals die aktuell nicht einfache Situation und stellt dar, dass sich der Landkreis als beratendes Mitglied sieht. Der nunmehr vorliegende öffentlich-rechtliche Vertrag hat dazu beigetragen, dass sich der Bund aus seiner Verantwortung gezogen hat und die Länder für sich Verantwortungen formuliert haben, die auch nicht mit Finanzierung in Verbindung stehen. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, welche Aufgabe dem Landkreis obliegt und dass dieser auch in der Verantwortung steht, die Projekte, die er für die Großraumregion BER als notwendig formuliert hat, auch Schritt für Schritt selbständig in die Finanzierung bringt. In diesem Zusammenhang erinnert die Landrätin an die Diskussion zum Nordraum-Buskonzept. Hier hat der Landkreis den größten finanziellen Anteil zu leisten. **Frau Wehlan** verweist in Anbetracht der aktuellen Situation auf die großen Herausforderungen für den Landkreis, was die Finanzen betrifft. Daher besteht für sie kein Grund, die vorliegende Beschlussfassung in Frage zu stellen.

Frau Wehlan informiert darüber, dass von ihr auf der letzten Mitgliederversammlung erklärt wurde, dass sich auch der Landkreis Teltow-Fläming als beratendes Mitglied sieht, im Rahmen seiner Verantwortung für informelle Planungsgrundlagen zu sorgen. Es soll demnächst auch Gespräche mit den anderen beiden Landkreisen geben, da auch diese gleicher Ansicht sind und man zunehmend in Schwierigkeiten gerät, weil sich natürlich die Gremien vorgeführt fühlen zu Beschlüssen, die andere über uns treffen, welche für den Landkreis jedoch Finanzierungsverpflichtungen bedeuten.

Frau Wehlan betont, dass der Landkreis keine eigene Steuerkraft hat, die er abbildet. Dieses wird von ihr näher erläutert.

Herr Dr. Prasse ist sich nicht schlüssig darüber, wie er als Ausschussmitglied der Informationsvorlage gegenüberzutreten soll. Dennoch erhält die von Frau Wehlan dargestellte Verfahrensweise zu dieser Thematik seine volle Zustimmung.

Frau Wehlan bekräftigt nochmals, dass sich der Landkreis nach wie vor an den Beschluss gebunden fühlt, der zum Gemeinsamen Strukturkonzept gefasst wurde und verweist auf die vorherige Präsentation des Herrn Kammer.

Auch **Herr Edler** geht davon aus, dass die Auffassung der Verwaltung vollumfänglich geteilt wird.

Anschließend bittet er Herrn Kammer darum, dessen Präsentation allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen, welches von diesem zugesichert wird.

Informationsvorlagen

TOP 7

Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 – Stellungnahme des Landkreises (6-4768/22-IV)

Herr Edler legt dar, dass die Stellungnahme des Landkreises bereits abgegeben wurde und diese dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben wird. Er erläutert in Kurzform die Verfahrensweise zur Aufstellung des Regionalplanes durch die Regionalversammlung und dessen Auslegung zur Stellungnahme.

Herr Kammer führt in die Thematik ein, welche schon längere Zeit zurückliegt. Im Jahr 2019 wurde der Beschluss zur Aufstellung des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 durch die Regionale Planungsgemeinschaft gefasst.

Das Thema stand zum ersten Mal in der Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 01.06.2021 auf der Tagesordnung. Herr Klauber als Leiter der Regionalen Planungsstelle erläuterte damals anhand einer Präsentation, die allen Ausschussmitgliedern zuzuging, den Stand der Aufstellung des Regionalplanes, insbesondere auch zur Windkraftthematik.

In der Sitzung am 07.12.2021 wurde als Mitteilung der Verwaltung nochmals darauf hingewiesen, dass durch die Regionalversammlung ein Beschluss zum ordnungsgemäßen Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange und Öffentlichkeit gefasst wurde und eine entsprechende Stellungnahme zum Regionalplan abgegeben werden kann.

Am 05.04.2022 erfolgte durch Herrn Trebschuh nochmals die Information, dass das Beteiligungsverfahren läuft, die Belange eingebracht werden können und das Sachgebiet Kreisentwicklung als Auslegungsstelle zum Regionalplanentwurf fungiert.

Beteiligt wurde die Kreisverwaltung am 08.03.2022 durch die Regionale Planungsstelle mit der Bitte um Stellungnahme. **Herr Kammer** verweist auf die hier festgesetzten Themen und auf seine anwesende Mitarbeiterin aus dem Sachgebiet Kreisentwicklung, Frau Seidel, die mit dem Thema betraut ist und ebenfalls für Rückfragen zur Verfügung steht.

Die ordentliche Beteiligung der betroffenen Fachämter wurde durchgeführt. Die zusammengestellte fachliche Stellungnahme aller Ämter liegt dem Ausschuss mit der Informationsvorlage somit vor. Diese wurde durch Frau Wehlan den Städten und Gemeinden ebenfalls zur Kenntnis gegeben.

Herr Edler ist mit der Stellungnahme aufgefallen, dass hier keine Kritik enthalten war an den ausgewiesenen Windanlagengebieten, sowohl den neuen als auch den veränderten.

Weiterhin bittet **Herr Edler** um eine nähere Begründung zum Vorranggebiet industrielle Entwicklung Jüterbog-Forst Zinna. Ihm ist erinnerlich, dass hier ganz erhebliche Kritik vorlag, keine generell ablehnende, aber doch zahlreiche Kleinkritik, wie Entfernung von der Straße und von der Schienenanbindung.

Herr Trebschuh erläutert, dass u. a. industrielle Vorhaltestandorte im Regionalplan ausgewiesen werden, welche in der Vergangenheit im Landesentwicklungsplan enthalten waren. Bei industriellen Vorhaltestandorten müssen mindestens 100 ha Industriefläche vorhanden oder erschließbar sein. Die Stadt Jüterbog hat derzeit in der Aufstellung ihres Flächen-nutzungsplanes versucht, diese Fläche als Industrie- und Gewerbegebiet auszuweisen. In dem Bereich gibt es jedoch durchaus Probleme, vor allen Dingen mit naturschutzrechtlicher Relevanz, welche in der Stellungnahme auch konkret benannt wurden. Hierin besteht das größte Hindernis bei dieser industriellen Vorhaltefläche.

Herr Trebschuh betont, dass die Gemeinden des Landkreises zukünftig Gewerbe- und Industrieflächen weiterhin ausweisen müssen, da eine deutliche Abnahme zu verzeichnen ist. Hier haben die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB) und auch der Landkreis im Schulterchluss eine Gewerbegebietsstudie für die Zukunft vor. Forst Zinna ist schon sehr lange als industrielle Vorhaltefläche geplant, aber in der konkreten Umsetzung muss man dann sehen, wie man dort eine Industriefläche schafft, jedoch gleichzeitig die Belange des Naturschutzes berücksichtigt. Es war bereits fraglich, ob Forst Zinna überhaupt als industrielle Vorhaltefläche in den Regionalplan aufgenommen wird. **Herr Trebschuh** hebt jedoch hervor, dass es natürlich im Sinne der Entwicklung des südlichen Landkreises sehr erstrebenswert ist, dort eine solche Fläche auszuweisen.

Herr Edler sieht den Gedanken, dass man zumindest zu einem Teil militärische bzw. munitionsbelastete Flächen einer sinnvollen Nutzung zuführen sollte. Hier wäre eine Unterstützung der planerischen Projekte durchaus erstrebenswert.

Auf die Nachfrage des **Herrn Edler** zu den Windkraftanlagen äußert sich **Frau Seidel** aus dem Sachgebiet Kreisentwicklung, welche die Stellungnahmen der Fachbereiche gebündelt hat. Sie weist darauf hin, dass es aus den verschiedenen Bereichen sicherlich keine ausschließenden Anmerkungen gab, aber dennoch fachliche Hinweise, die in den Abwägungsprozess einzubeziehen sind. Ein Schwerpunkt bezieht sich lediglich auf das Windeignungsgebiet 8 in Kummersdorf-Gut. Dort sind naturschutz- und denkmalschutzrechtliche Einwände erheblicher Art vorgetragen worden, welche sich auch in den Rückäußerungen der Kommunen widerspiegeln.

Da keine weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt vorliegen, schließt **Herr Edler** diesen ab und bittet um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit. Der öffentliche Teil wird um 18:07 Uhr beendet.

Nicht öffentlicher Teil

Luckenwalde, den 21.09.2022

Edler
Vorsitzender

Mehlis
Schriftführerin